



Bezirksregierung Lüneburg • 21332 Lüneburg

**Bezirksregierung  
Lüneburg**

Mit Postzustellungsurkunde

Firma  
Düringer Fleischkontor  
Lunestedter Str. 40

27612 Loxstedt-Düding

Bearbeitet von

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
501.1-40211/7.2

Durchwahl (0 41 31) 15 -  
22 21

Lüneburg  
09.06.2000

**Genehmigungsverfahren gemäß § 16 BImSchG zur wesentlichen Änderung der Schlachthanlage der Firma Düringer Fleischkontor, [REDACTED] Loxstedt-Düding**

#### **I. Genehmigung**

1. Aufgrund von § 16 Abs. 1 BImSchG<sup>1</sup>, § 1 4. BImSchV sowie Nr. 7.2, Buchst. b), Spalte 1 des Anhangs zur 4. BImSchV wird hiermit der

Firma Düringer Fleischkontor,  
Lunestedter Str. 40,  
27612 Loxstedt-Düding  
(Antragstellerin)

auf ihren Antrag vom 04.05.1998 nach Maßgabe der eingereichten Unterlagen unbeschadet der Rechte Dritter

die Genehmigung erteilt, ihre Anlage zum Schlachten von Schweinen und teilweise Zerlegen von Schweinen wesentlich zu ändern. Die Kapazität der Anlage beträgt 350 Schweine pro Stunde (Maschinenleistung), die Betriebszeit 40 Stunden pro Woche.

Gegenstand dieser Änderungsgenehmigung ist die Änderung und Modernisierung der gesamten Schlachthanlage einschließlich Hoffläche und Viehhalle sowie Viehanlieferung.

2. Diesem Bescheid liegen die im Anhang 1 zu dieser Genehmigung aufgeführten Unterlagen zugrunde.

<sup>1</sup> Abschnitt V dieses Bescheides enthält eine Übersicht über die verwendeten Gesetze und Verordnungen.

3. Die Genehmigung erlischt gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG, wenn nicht innerhalb eines halben Jahres nach Eintritt der Unanfechtbarkeit dieses Bescheides mit den Umbaumaßnahmen begonnen wird.

Die Genehmigung erlischt ferner, soweit von ihr bis zum 30.12.2001 nicht abschließend Gebrauch gemacht wird.

4. Dieser Bescheid ergeht unter den aus Abschnitt III dieses Bescheides ersichtlichen Nebenbestimmungen.
5. Die durch das Verfahren entstandenen Kosten (Gebühren und Auslagen) werden der Antragstellerin auferlegt. Die Kostenfestsetzung erfolgt durch besonderen Bescheid.

## II. Unterlagen

siehe Anhang 1 zum Genehmigungsbescheid

## III. Nebenbestimmungen

### A. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven

#### Allgemein

1. Die Anlage ist nach Maßgabe der in der Auflistung der Antragsunterlagen aufgeführten Beschreibungen und Zeichnungen zu errichten und zu betreiben, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.
2. Dieser Genehmigungsbescheid ist zusammen mit den Unterlagen, die ihm zugrunde liegen, am Betriebsort aufzubewahren und den zuständigen Überwachungsbehörden auf Verlangen vorzulegen.
3. Die beabsichtigte Aufnahme des geänderten Betriebes ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

Der Anzeige sind in Kopie alle die Bescheinigungen beizufügen, die anlässlich der nach den behördlichen und nach den Unfallverhütungsvorschriften sowie nach sonstigen Regeln der Technik durch Sachverständige bzw. Sachkundige erforderlichen Abnahmeprüfungen erteilt werden.

Die Anzeige dient der Vorbereitung einer Abnahmeprüfung durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven.

4. Die anlässlich der Anzeige vorzulegenden Bescheinigungen sind im Original zusammen mit diesem Bescheid aufzubewahren und den zuständigen Behördenvertretern auf Verlangen vorzulegen oder einzureichen.

5. Nicht bestimmungsgemäße Betriebszustände, die zu schädlichen Umwelteinwirkungen, erheblichen Belästigungen, erheblichen Nachteilen oder zu sonstigen Gefahren im Sinne des BImSchG in der Nachbarschaft führen können, sind dem GAA Cuxhaven unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
6. Dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt sind diejenigen Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs (Kapitalgesellschaft) bzw. die Gesellschafter (Personengesellschaft) anzuzeigen, die der Gesellschaft obliegende Betreiberpflichten wahrnehmen.

Anzuzeigen sind:

- die verantwortliche(n) Person(en)
- die Stellung der verantwortlichen Person(en) innerhalb der Gesellschaft,
- die genehmigungsbedürftige(n) Anlage(n) bzw. Anlagenteile, für die diese Person(en) die Betreiberpflichten wahrnimmt (wahrnehmen).

Änderungen sind dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt unverzüglich anzuzeigen.

#### Arbeitsschutz

#### Schlachtanlage

7. Für schlachttechnische Einrichtungen müssen Betriebsanleitungen des Herstellers in deutscher Sprache mit den für den sicheren Betrieb erforderlichen Angaben vorhanden sein (§ 5 Unfallverhütungsvorschrift VBG 17).

Hierzu gehören insbesondere Angaben über

- technische Daten,
- Inbetriebnahme,
- Stillsetzen,
- Überwachung der Sicherheitseinrichtungen,
- Wartung und Prüfung, Instandhaltung,
- Beseitigung von Störungen

Die Verwendung von Piktogrammen wird empfohlen, siehe auch DIN V 8418 „Benutzerinformation; Hinweise für die Erstellung“.

8. Organ- und Fleischförderer müssen so errichtet sein, dass Transportgefäße und Haken mit festen Anlagen- und Bauteilen keine Quetschstellen bilden.



9. Auftritte und Arbeitsbühnen, die ständige Arbeitsplätze sind und mehr als 200 mm über Flur liegen, müssen mit einem Geländer von 1 000 mm Höhe, einer Knieleiste und einer Fußleiste von 50 mm Höhe ausgerüstet sein. Abweichend ist für Arbeitsplätze am Schlachtband auf der dem Schlachtkörper zugewandten Seite nur eine Fußleiste erforderlich, wenn die am Schlachtkörper notwendigen Arbeiten sonst nicht ausgeführt werden können oder Geländer aus hygienischen Gründen nicht möglich sind. In diesen Fällen müssen jedoch Anschlagpunkte für Sicherheitsgeschirre in ausreichender Zahl vorhanden sein.
10. An Arbeitsplätzen, Arbeitsbereichen und innerbetrieblichen Verkehrswegen muss eine den Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufen angepasste Beleuchtungseinrichtung vorhanden sein. Die Nennbeleuchtungsstärke muss mindestens 300 Lux betragen. Die Arbeitsplätze müssen blendfrei ausgeleuchtet sein.

#### CO<sub>2</sub>-Betäubungsanlage

11. An der CO<sub>2</sub>-Betäubungsanlage oder in deren unmittelbarer Nähe muss eine Kurzfassung der Betriebsanleitung mit den für den sicheren Betrieb erforderlichen Angaben deutlich erkennbar und dauerhaft angebracht sein, soweit durch eine Fehlbedienung gefährliche Situationen entstehen können. Eine gefährliche Situation liegt z. B. dann vor, wenn aus betriebstechnischen Gründen in eine Gasbetäubungsanlage eingestiegen werden muss (§ 5 Unfallverhütungsvorschrift VBG 17).
12. Die CO<sub>2</sub>-Betäubungsanlage muss so gebaut sein, dass das CO<sub>2</sub> nicht in gefahrdrohender Menge an Arbeitsplätze gelangen kann.
13. Türen für den Tiereintrieb und Revisionstüren zum Befahren des Betäubungsschachtes müssen mit dem Antrieb der Betäubungsanlage und mit der Steuerung für die Gasbeschickung gekoppelt sein. Zusätzlich müssen die Revisionstüren so verriegelt sein, dass sie nicht geöffnet werden können, solange sich CO<sub>2</sub>-Gas in gefahrdrohender Menge in der Anlage befindet.
14. In der Gaszuleitung für das CO<sub>2</sub>-Gas müssen vor der Steuerung für die Gasbeschickung ein von Hand zu betätigender Abstellhahn und ein unverstellbares Voreinstellglied eingebaut sein. Das Voreinstellglied muss den für die Funktion der Steuerung erforderlichen und für die Bauteile zulässigen Betriebsüberdruck begrenzen.
15. Die im Betäubungsschacht vorhandene Gaskonzentration muss am Steuergerät angezeigt werden. Der Messfühler dafür darf höchstens 300 mm über der Sohle des Betäubungsschachtes installiert sein.
16. Der Füllstand des CO<sub>2</sub>-Gases im Betäubungsschacht muss mit einer Füllstandsüberwachung überwacht werden. Der Messfühler dafür muss im Bereich zwischen 100 mm und 200 mm unter der Oberkante der Auswurföffnung angebracht sein und eine weitere Gaszufuhr verhindern, wenn der MAK-Wert von 5 000 ppm bzw. 9.000 mg pro m<sup>3</sup> erreicht wird.

17. CO<sub>2</sub>-Betäubungsanlagen müssen mit einer Schachtabsaugung ausgerüstet sein, die das Betäubungsgas ungefährlich abführt. Der Ansaugstutzen darf höchstens 100 mm über der Sohle des Betäubungsschachtes angebracht sein.
18. An Revisionstüren zum Schachteinstieg muss das Warnzeichen „Warnung vor einer Gefahrstelle“ und ein Zusatzzeichen angebracht sein, das Angaben enthält über
  - die Gefahren beim Schachteinstieg und
  - die vor dem Einstieg zur Gefahrenabwehr zu treffenden Maßnahmen.
19. Für die Betäubungsanlage mit Betäubungsgas muss ein Fließschema am Steuergerät vorhanden sein. Auf dem Fließschema müssen die Verteilungswege und Schalteinrichtungen bezeichnet sowie die erforderlichen Anweisungen für die Inbetriebnahme und die Störungsbeseitigung angegeben sein.
20. Das Einsteigen in die CO<sub>2</sub>-Betäubungsanlage zur Durchführung betriebsmäßiger Arbeiten oder zum Beseitigen von Störungen muss durch einen Aufsichtsführenden überwacht werden. Der Aufsichtsführende hat vor dem Einsteigen sicherzustellen, dass sich kein Gas mehr in der Anlage befindet und die Anlage gegen unbeabsichtigtes und unbefugtes Ingangsetzen gesichert ist.
21. Arbeitnehmer, die in die CO<sub>2</sub>-Betäubungsanlage einsteigen, müssen angesellt sein und während des Aufenthaltes in der Anlage von einer Aufsichtsperson außerhalb der Anlage ständig beobachtet werden, die im Gefahrfall unverzüglich die notwendigen Abhilfemaßnahmen veranlasst. Das Seil ist außerhalb der Anlage zusätzlich zu befestigen.
22. Der CO<sub>2</sub>-Lagerbehälter, der der Gruppe IV gem. Druckbehälterverordnung zuzuordnen ist, ist einer Prüfung nach der Inbetriebnahme durch einen Sachverständigen gemäß § 9 der Druckbehälterverordnung zu unterziehen. Auf die Möglichkeit der Durchführung der Prüfung vor Inbetriebnahme gemäß § 9 Abs. 4 sowie § 5 Abs. 5 (Baumusterprüfung) der Druckbehälterverordnung wird hingewiesen.
23. Gemäß § 10 Druckbehälterverordnung sind Druckbehälter der Gruppe IV wiederkehrenden Prüfungen, bestehend aus innerer Prüfung sowie Druckprüfung durch einen Sachverständigen zu unterziehen. Innere Prüfungen müssen alle 5 Jahre, Druckprüfungen alle 10 Jahre durchgeführt werden. In Verbindung mit § 12 Druckbehälterverordnung sowie Nr. 25 des Anhangs II zur Druckbehälterverordnung brauchen an nicht erdgedeckten Druckbehältern der Gruppe IV für Gase oder Gasgemische, die auf die Behälterwandungen keine korrodierende Wirkung ausüben, die inneren Prüfungen durch den Sachverständigen nur alle 10 Jahre durchgeführt werden.
24. Die Einrichtungen zur Füllstandsbegrenzung sind so einzustellen, dass der Füllgrad des Lagerbehälters bei der höchstmöglichen Temperatur 96 % des Gesamtrauminhaltes nicht überschreiten kann.
25. Ist im Aufstellungsbereich des Lagerbehälters mit Fahrzeugverkehr zu rechnen, so sind der CO<sub>2</sub>-Lagerbehälter sowie unterirdische Rohrleitungen und Anlagenteile durch Anfahrerschutz, Prellpfosten oder Abschränkungen vor mechanischen Beschädigungen zu schützen.

### Flammofen

26. An dem Borstenflammpfen müssen die Zu- und Abführöffnungen durch Verdeckungen so gesichert sein, dass ein Zugriff zu den Brennern vermieden und die nach außen gerichtete Hitzestrahlung eingeschränkt ist.
27. Der Betreiber der Anlage zum Schlachten von Schweinen hat dafür zu sorgen, dass Gasanlagen regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, durch einen Sachkundigen auf ihren sicheren Zustand geprüft werden.
28. Der Betreiber der Anlage zum Schlachten von Schweinen hat dafür zu sorgen, dass das Ergebnis einer Sachkundigenprüfung in einer Prüfbescheinigung festgehalten wird, die bis zur nächsten Prüfung aufzubewahren ist. Diese Forderung ist z. B. erfüllt durch Prüfbuch, Prüfplakette, Maschinendatei.

### Bodenbelag

29. Im Schlachtbereich sowie in der Kuttellei ist der Bodenbelag rutschhemmend zu gestalten. Der Bodenbelag muss dem Richtwert R 13 sowie der Kennzahl V 10 des „Merkblattes für Fußböden in Arbeitsräumen mit Rutschgefahr“ (ZH 1/571) entsprechen.

### Lärm

30. In den Arbeitsräumen darf der Beurteilungspegel für den Lärm am Arbeitsplatz 85 dB (A) nicht überschreiten.

### Rettungswege

31. Als Rettungswege gelten grundsätzlich nur Treppen mit geraden Läufen. Nach höchstens 18 Stufen je Treppenlauf ist ein Zwischenpodest (Treppenabsatz) anzubringen. Wendeltreppen sind nur als zusätzliche Treppen (nicht notwendige Treppen) zulässig.

Die Wendeltreppe zur Blutabteilung und zur Technik (Achse 12/13, D/E) ist durch eine entsprechende Treppe mit geraden Läufen zu ersetzen.

32. Die Rettungswege sind bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung über eine Sicherheitsbeleuchtung so zu beleuchten, dass die Beleuchtungsstärke – gemessen 0,2 m über dem Fußboden – mindestens 1 Lux beträgt.  
Die Nutzungsdauer muss mindestens eine Stunde betragen.

33. Die Notausgänge sind so anzuordnen, dass Arbeitnehmer nicht mehr als 35 m zurücklegen müssen, um in einen gesicherten Bereich zu gelangen (z. B. ins Freie, in Flure oder Treppenträume, die Rettungswege im Sinne des Bauordnungsrechtes sind oder in Brandabschnitte führen).

Die Rettungswege sind nach DIN 4844 „Sicherheitskennzeichnung“ zu kennzeichnen.

#### Lüftungstechnische Anlage

34. Die Lüftungstechnische Anlage in der Schlachthanlage (Maschinenteil, Achse 14 bis 20) ist nach DIN 1946 auszulegen und so zu bemessen, dass der Luftwechsel mindestens das Acht- bis Zehnfache des Rauminhaltes beträgt. Ein entsprechender Nachweis über die Einhaltung der Luftwechselrate ist der Überwachungsbehörde (GAA Cuxhaven) vorzulegen.
35. Die Einhaltung der in Nr. 4 der Arbeitsstättenrichtlinie „Lüftung“ (ASR 5) genannten Forderungen hinsichtlich Außenluftstrom, Raumluftgeschwindigkeit, Luftfeuchtigkeit und Luftreinigung der Lüftungstechnischen Anlage ist bei Inbetriebnahme zu überprüfen. Das Prüfergebnis ist schriftlich niederzulegen und der Überwachungsbehörde vorzulegen. Im Rahmen der vorgenannten Prüfung sind die weiteren Prüf- und Wartungsintervalle festzulegen, sofern die in § 53 (2) Arbeitsstättenverordnung festgelegte Frist von zwei Jahren zu lang ist.
36. Entsprechend den festgelegten Prüf- und Wartungsintervallen ist die Wartung der Lüftungstechnischen Anlage gemäß VDMA-Einheitsblatt 24186 durchzuführen. Die Ergebnisse der Prüfungen sind in einem Prüfbuch schriftlich festzuhalten und der Überwachungsbehörde auf Verlangen vorzulegen. Der Prüfbericht muss Angaben über ausgeführte Tätigkeiten, verbrauchtes Material, Mängelangaben, Mess- und Prüfergebnisse sowie Hinweise zur Instandhaltung enthalten.
37. Die Lüftungstechnische Anlage ist so auszulegen, dass an den Arbeitsplätzen keine unzumutbare Zugluft auftritt. Die Luftgeschwindigkeit darf 0,2 m pro Sekunde nicht überschreiten.

#### Fenster, Türen und Tore

38. Türen und Tore, die nach außen öffnen, müssen mit einer Fangvorrichtung versehen sein, die beim Versagen der Tragmittel ein Abstürzen der Flügel verhindern, bei handgetriebenen Toren, z. B. Federbruchsicherung (ASR 10/6 Nr. 3.1).
39. Schiebetüren und Tore sind gegen Ausheben und Herausfallen zu sichern (§ 10 (6) ArbStättV).
40. Türen im Verlauf von Rettungswegen sind gut sichtbar zu kennzeichnen und müssen in Fluchtrichtung aufschlagen. Für die Kennzeichnung sind Rettungszeichen nach Anlage 2



der Unfallverhütungsvorschrift „Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz“ (VBG 125) zu verwenden (§ 10 (7) ArbStättV i. V. m. § 30 (4) VBG 1).

41. An kraftbetätigten Türen und Toren müssen Quetsch- und Scherstellen bis zu einer Höhe von 2,50 m so gesichert sein, dass die Bewegung der Türen oder Tore im Gefahrfall zum Stillstand kommt. Zur Sicherung der Quetsch- und Scherstellen kommen z. B. in Frage: Schaltleisten, Kontaktschläuche oder Lichtschranken (§ 11 (1) ArbStättV. V. m. ASR 11/1-5 Nr. 3.2).

Bei einer Steuerung des Antriebes kraftbetätigter Türen und Tore von Hand muss die Bewegung der Türen und Tore beim Loslassen des Steuerorgans zum Stillstand kommen – Totmannschaltung – (§ 11 (2) ArbStättV).

Von der Totmannschaltung kann abgesehen werden, wenn die Einrichtungen zur Sicherung der Quetschstellen so beschaffen sind, dass beim Auftreten eines Fehlers in der Einrichtung, der einen Befehl zur Unterbrechung der gefahrbringenden Flügelbewegung verhindern würde,

- die Schutzwirkungen der Einrichtung erhalten bleiben (Einfachfehler-Sicherheit) oder
- der Fehler spätestens in einer der Endlagen des Flügels selbständig erkannt wird und ein Befehl zum Verhindern einer weiteren gefahrbringenden Flügelbewegung erfolgt (Testung).

Der Nachweis des Herstellers ist in diesen Fällen zu erbringen.

42. Die kraftbetätigten Türen sind so einzurichten, dass sie auch von Hand geöffnet werden können (§ 11 (5) ArbStättV).
43. Kraftbetätigte Fenster, Türen und Tore müssen vor der ersten Inbetriebnahme und danach mindestens einmal jährlich von einem Sachkundigen auf ihren sicheren Zustand geprüft werden. Über die Durchführung der Prüfung ist ein schriftlicher Nachweis zu führen (§§ 11, 53 ArbStättV).
44. Arbeitsräume müssen eine Sichtverbindung nach außen haben. Die Fläche der als Sichtverbindung erforderlichen Fenster, Türen oder Wandflächen soll mindestens 1/10 der Raumgrundfläche betragen; diese Fläche muss aus einem durchsichtigen Werkstoff bestehen. Die Werkstatt (Achse D/E, 13/14) ist mit entsprechenden Sichtverbindungen zu versehen. Die Flächen müssen sich zu Lüftungszwecken ganzflächig öffnen lassen.



## Sozialräume

45. Der innen liegende Pausenraum für das Stallpersonal (Achse 2/3) ist mit einer Lüftungstechnischen Anlage nach DIN 1946 zu versehen, die so bemessen sein muss, dass ein Außenluftstrom von mindestens 60 m<sup>3</sup> pro Stunde und Person zugeführt werden kann und der Luftwechsel mindestens das Sechs- bis Achtfache des Rauminhaltes beträgt.
46. In den Umkleieräumen ist eine Lüftungstechnische Anlage zu installieren, die einen vier- bis achtfachen Luftwechsel je Stunde gewährleistet.
47. Umkleieräume sind so mit Sitzgelegenheiten auszustatten, dass vor je vier Schrank-Einheiten eine Sitzgelegenheit vorhanden ist.
48. In den Waschräumen ist eine Lüftungstechnische Anlage zu installieren, die einen mindestens zehnfachen Luftwechsel je Stunde gewährleistet.
49. Toilettenräume sind durch einen Vorraum abzutrennen, wenn ein unmittelbarer Zugang zu einem Arbeits-, Pausen-, Bereitschafts-, Liege-, Umkleide-, Wasch- oder Sanitärraum besteht.  
Der Vorraum muss mit mindestens einem Handwaschbecken, Seifenspender und Einmalhandtüchern ausgestattet sein.  
Die Toilettenräume im Sozialbereich für das Stallpersonal (Achse 16/17, G/H) sind entsprechend zu ändern.
50. Innen liegende Toilettenräume sind mit einer Lüftungstechnischen Anlage zu versehen. Die Lüftung ist so auszulegen, dass sie einen Luftwechsel von 30 m<sup>3</sup> pro Stunde je Toilette und 15 m<sup>3</sup> pro Stunde je Bedürfnisstand ermöglicht. Insgesamt darf der Luftwechsel das Fünffache des Rauminhaltes nicht unterschreiten.
51. Die Fensterverbindung zwischen Toilettenraum und „Aufenthalt Stallpersonal“ (Achse 2/3) ist durch undurchsichtige Baustoffe zu ersetzen.
52. Sollten 40 männliche Arbeitnehmer gleichzeitig im Betrieb beschäftigt sein, sind mindestens drei Toiletten und drei Bedürfnisstände zur Verfügung zu stellen. Die Toilettenanlagen sollen von ständigen Arbeitsplätzen nicht mehr als 100 m entfernt sein. Die Einhaltung dieser Anforderung ist der Überwachungsbehörde nachzuweisen.

## Immissionsschutz

53. Die Prognose über die zu erwartenden Geräuschemissionen und -immissionen der TÜV Ecoplan Umwelt GmbH vom 25.02.1999 mit Ergänzung vom 16.09.1999 ist Bestandteil dieser Genehmigung. Die hierin – insbesondere in Kapitel 7 – enthaltenen Vorgaben und einzuhaltenden Rahmenbedingungen sind verbindlich umzusetzen.

54. Entsprechend dem Stand der Lärmbekämpfungstechnik ist die Anlage so zu errichten und zu betreiben, dass im Einwirkungsbereich der Anlage folgende Immissionswerte (bezogen auf die Summe aller zur Beurteilung heranzuziehenden, auf den Immissionsort einwirkenden betrieblichen und nicht betrieblichen Emissionsquellen) an den jeweiligen Immissionsorten nicht überschritten werden:

- Immissionswerte (Mischgebiet, Dorfgebiet)  
tagsüber (06.00 Uhr bis 22.00 Uhr): 60 dB (A)  
nachts (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr): 45 dB (A)

Immissionsort: Hohe Liethweg 1, 3 und 5

- Immissionswerte (Gewerbegebiet)  
tagsüber (06.00 Uhr bis 22.00 Uhr): 65 dB (A)  
nachts (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr): 50 dB (A)

Immissionsort: Hohe Lunestedter Str. 40

55. Dass die unter Nr. 53 genannten Geräuschimmissionsrichtwerte nicht überschritten werden, ist zu einem vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt festzulegenden Zeitpunkt durch eine nach § 6 BImSchG bekanntgegebene Messstelle überprüfen zu lassen. Soweit im Genehmigungsverfahren Immissionsprognosen von einer Messstelle erstellt wurden, darf diese mit entsprechenden Messungen nicht beauftragt werden.
56. Das Mess- und Beurteilungsverfahren für die Ermittlung der Geräusche ist entsprechend den Bestimmungen der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) vom 26.08.1998 (GVBl. 1998, Nr. 26, S. 503) durchzuführen.
57. Das lufttechnische Gutachten zur Prognose der Geruchsstoffimmissionen der TÜV Ecomplan Umwelt GmbH vom 04.02.1999 mit Ergänzung vom 17.08.1999 ist Bestandteil dieser Genehmigung. Die hierin – insbesondere im Kapitel 4.5 – getroffenen Annahmen zur Emissionszeit und Emissionshöhe sind bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage zu beachten.
58. Die Geruchsemissionen der Anlage sind so zu begrenzen, dass die hierdurch verursachte Zusatzbelastung – IZ – unter Berücksichtigung der Vorbelastung – IV – im Einwirkungsbereich der Anlage zu keiner Gesamtbelastung – IG – führt, die folgende Immissionswerte – IW – überschreitet:  
Immissionswert (Gewerbegebiet, Industriegebiet): 0,15 (15 %)  
am Immissionsort Hohe Liethweg 1, 3 und 5 sowie Lunestedter Str. 40

Die Angabe des Immissionswertes erfolgt als relative Häufigkeit der Geruchsstunden (Klammerwert: Angabe in Prozent der Jahresstunden).

Die Immissionswerte gelten nur in Verbindung mit der vom LAI (Länderausschuss für Immissionsschutz) erarbeiteten Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL des Landes Niedersachsen) in der Fassung vom 14.03.1996. Hierin ist das Verfahren zur Ermittlung der Kenngrößen der Zusatz-, Vor- und Gesamtbelastung festgelegt.

59. Dass die unter Nr. 57 genannten Immissionswerte nicht überschritten werden, ist zu einem vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt festzulegenden Zeitpunkt durch eine nach § 26 BImSchG bekanntgegebene Messstelle überprüfen zu lassen.

Die Ermittlung und Beurteilung der Geruchsimmissionen ist gemäß den Bestimmungen der Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL, Niedersachsen, 14.03.1996) vorzunehmen.

Soweit im Genehmigungsverfahren Immissionsprognosen von einer Messstelle erstellt wurden, darf diese mit der Überprüfung nicht beauftragt werden.

60. Alle Schlachtabfälle und -nebenprodukte sind in Räumen mit einer Temperatur unter 5° C bis zur Abholung zwischenzulagern.

#### Anlagensicherheit

61. Das sicherheitstechnische Gutachten des BTÜB vom 06.08.1998, Az.: 101898/Ja, ist Bestandteil der Antragsunterlagen. Von den darin aufgeführten Auflagenvorschlägen darf nur abgewichen werden, wenn nachfolgend etwas anderes bestimmt ist.

62. Wiederkehrende Prüfungen im Abstand von 5 Jahren:

- Neben nach der Druckbehälterverordnung erforderlichen Prüfungen sind alle 5 Jahre wiederkehrende Prüfungen an sicherheitstechnisch bedeutsamen Anlagenteilen durch einen Sachverständigen im Sinne von § 29 a BImSchG durchzuführen. Bei dieser Prüfung ist darüber hinaus festzustellen, ob und welche Abweichungen vom Genehmigungsbescheid einschließlich der in Bezug genommenen Antragsunterlagen eingetreten sind.
- Neben den jährlichen Sichtprüfungen sind die Sicherheitsventile alle 5 Jahre einer Funktionsprüfung zu unterziehen.

63. Jährliche Prüfungen durch einen Sachkundigen nach der Unfallverhütungsvorschrift „Kälteanlagen, Wärmepumpen und Kühleinrichtungen“ (VBG 20):

- An sicherheitstechnisch bedeutsamen Anlagenteilen sind wiederkehrende Prüfungen durchzuführen.
- Äußere Sichtprüfung aller Anlagenteile, insbesondere der durch äußere Korrosion gefährdeten Anlagenteile.



- Sichtprüfung der Kälte­dämmung, der Befestigungen und der Verbindungen.
  - Prüfung auf Dichtheit während des Betriebes.
  - Funktionsprüfungen der sicherheitstechnisch relevanten Mess- und Regeleinrichtungen einschließlich der Armaturen.
  - Funktionsprüfungen der Lüftungsanlage.
  - Funktionsprüfungen der Gaswarnanlage.
64. Die Ergebnisse der wiederkehrenden Prüfungen müssen dokumentiert und dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven unaufgefordert und unverzüglich vorgelegt werden.  
Spätestens 2 Wochen vor der erstmaligen Prüfung der NH<sub>3</sub>-Kälteanlage nach § 29 a BImSchG (siehe Auflage 46 des sicherheitstechnischen Gutachtens des BTÜB) ist der Aufsichtsbehörde sowie dem Sachverständigen der Gesamteinhalt an Ammoniak schriftlich nachzuweisen.

B. Nebenbestimmungen des Landkreises Cuxhaven

1. Der Beginn der Bauarbeiten und die Fertigstellung der Baumaßnahme ist schriftlich anzuzeigen (§ 79 NBauO).
2. Eine Schlussabnahme wird angeordnet (§ 80 NBauO).
3. Die Abnahme der Stahlbetonbewehrung sowie der tragenden Bauteile ist vom Prüf.-Ing. [REDACTED] durchführen zu lassen.
4. Die Abnahmen sind von der Bauleitung rechtzeitig beim Prüf.-Ing. zu beantragen.
5. Die Abnahmeprotokolle sind dem Bauaufsichtsamt zur Schlussabnahme vorzulegen.
6. Für das Gebäude ist eine ausreichende Löschwasserreserve (mindestens 1 600 l/min. über einen Zeitraum von 2 Stunden) durch Hydranten oder Bohrbrunnen zu gewährleisten. Entsprechende Nachweise müssen bei der Schlussabnahme vorliegen.
7. Auf die Lage sämtlicher notwendiger Ausgänge (auch Notausgänge) und den Verlauf der Flucht- und Rettungswege ist durch elektrisch beleuchtete Piktogramme nach DIN 4844 augenfällig und dauerhaft hinzuweisen. Die Piktogrammleuchten sind an eine Ersatzstromversorgung (Sicherheitsbeleuchtung) anzuschließen oder mit Einzelbatterien zu versehen.
8. Es ist eine vom öffentlichen Netz unabhängige Notstromanlage (Sicherheitsbeleuchtung) vorzusehen. Sie muss bei Ausfall des Netzstromes selbsttätig einschalten und eine ausreichende Beleuchtung der Rettungswege bis zum Ausgang ins Freie ermöglichen (mindestens 1 Lux im Bereich der Fluchtwege).

9. Der Weg zur Evakuierung der Tiere im Notfall muss gekennzeichnet und beleuchtet sowie jederzeit möglich sein.
10. Die Zufahrt und Zugänglichkeit der Gebäude im Brandfall für die freiwilligen Feuerwehren ist im Einvernehmen mit dem Brandschutzprüfer und der örtlichen Feuerwehr herzustellen.
11. Bei Durchbrüchen für Leitungen, Kanäle und Schächte muss die erforderliche Feuerwiderstandsklasse der durchbrochenen Bauteile erhalten bleiben.
12. An gut sichtbarer Stelle in den Haupteingangsbereichen sind ein Lageplan und Grundrisspläne anzubringen, in denen die Rettungswege, die zur Brandbekämpfung freizuhaltenen Flächen, Feuermelde-, Feuerlösch- und Rauchabzugsvorrichtungen sowie Bedienungseinrichtungen von sicherheitstechnischen Anlagen kenntlich gemacht sein müssen.
13. Es sind Feuerwehrpläne nach DIN 14095 im Format DIN A 3 bzw. DIN A 4 anzufertigen und dem Brandschutzprüfer und der örtlichen Feuerwehr bei der Schlussabnahme zu überreichen.
14. Die Feuerlöscher sind im Einvernehmen mit dem zuständigen Brandschutzprüfer, Herrn [REDACTED] [REDACTED], Tel. 0 47 21 [REDACTED] zu installieren.
15. Das brandschutztechnische Gutachten vom 13.08.1998 sowie die DIN 4102 sind zu beachten.
16. Im Aufstellbereich der Ammoniakabscheider sind Rückhalteeinrichtungen (z. B. Auffangwannen) vorzusehen, die den Gesamtinhalt des Abscheiders aufnehmen können. Die Rückhalteeinrichtungen müssen gegen Ammoniak beständig sein. Entsprechende Nachweise sind bei der Abnahme der Anlage durch einen Sachverständigen vorzulegen.
17. Die Böden der Maschinenräume sind stoffundurchlässig auszuführen. Dies ist erfüllt, wenn der Boden, z. B. in Beton, Mindestgüte B 25 WU, wasserundurchlässig nach DIN 1045, W/Z < 0,5, Mindestdicke: 20 cm, und mit einer geeigneten Fugenausführung und -abdichtung ausgeführt wird. Entsprechende Nachweise sind bei der Abnahme der Anlage vorzulegen.
18. Bodeneinläufe in den Maschinenräumen der Verdichtungsanlage sind nicht zulässig. Hinweis: Anfallendes Kondensatwasser kann über Pumpensämpfe der Kläranlage zugeführt werden. Die Pumpe ist über einen Schalter zu betätigen. Die Steuerung der Pumpe über einen Schwimmerschalter ist nicht zulässig. Durch eine Betriebsanweisung ist sicherzustellen, dass nur unbelastetes Wasser der Kläranlage zugeführt wird.
19. Der Einbau, die Aufstellung, Instandhaltung, Instandsetzung oder Reinigung von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen darf nur von Fachbetrieben im Sinne des § 191 WHG bzw. des § 165 NWG vorgenommen werden. Die entsprechenden Nachweise sind vorzulegen.

20. Die gesamte Anlage ist vor der Inbetriebnahme und wiederkehrend alle 5 Jahre gemäß § 163 NWG bzw. § 11 VAWS durch einen zugelassenen Sachverständigen auf ihren ordnungsgemäßen und funktionssicheren Zustand zu überprüfen. Spätestens zum ersten Prüftermin sind fehlende Nachweise und Unterlagen vorzulegen. Die Durchschriften des Prüfberichtes sind durch den Sachverständigen der Unteren Wasserbehörde unverzüglich zuzusenden.
21. Die  $\text{NH}_3$  führenden Rohrleitungen im Bereich der Froster des Schockkühlraumes sind; z. B. mit einem Anfahrerschutz, gegen mechanische Beschädigungen zu schützen.
22. Im Plattenfrosteraum sind Rückhalteeinrichtungen für mit Ammoniak belastetes Berieselungswasser vorzusehen (z. B. Aufkantung oder Überfahrschwelle). Der Boden ist flüssigkeitsdicht auszuführen. Bodeneinläufe sind nicht zulässig.
23. Die innen liegenden Sanitärräume und deren Vorräume sind nach DIN 18017, Blatt 1, bis in den freien Luftstrom über Dach zu entlüften. Die Zugangstüren sind vom unteren Bereich mit Zuluftöffnungen von mindestens  $150 \text{ cm}^2$  zu versehen.
24. Über die Ausführung der Stahlbetonarbeiten sind gemäß DIN 1045, 4.3 a – h, fortlaufend Aufzeichnungen zu machen bzw. ein Bautagebuch zu führen.  
Die Ergebnisse der Druckfestigkeitsprüfungen sind nach Abschluss der Betonarbeiten der Bauaufsichtsbehörde zu übergeben.  
Bei Einbau von Transportbeton ist der Bauaufsichtsbehörde nach Abschluss der Betonarbeiten eine Bestätigung des Lieferanten über den angelieferten Beton zu übergeben.
25. Gemäß § 79 Abs. 4 NBauO ist bis spätestens vor Ingebrauchnahme der baulichen Anlage eine Bescheinigung einer oder eines Sachverständigen darüber vorzulegen, dass die Baumaßnahme entsprechend dem Nachweis über den Wärmeschutz durchgeführt worden sind.
26. Spätestens bis zur Inbenutzungnahme ist der Nachweis eines Baugrundstückes im Sinne des bürgerlichen Rechts für die Flurstücke 99/5, 99/7, 99/8, 99/9, 99/10, 99/11 und das südlich gelegene Flurstück in Form eines Grundbuchauszuges vorzulegen.
27. Aufgrund der Betriebserweiterung und der damit verbundenen Erhöhung der Abwassermengen und des Chloridgehaltes wird eine Anpassung der Überwachungswerte der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 14.12.1994 erforderlich. Diese Anpassung ist formlos beim Landkreis Cuxhaven, Amt für Wasser- und Abwasserwirtschaft, auf Grundlage des „Nachweises der Funktionstüchtigkeit im Zuge der Erweiterung des Schlachtbetriebes“ bis zum 01.06.2000 zu beantragen.
28. Eine Abnahme der Herrichtungsmaßnahmen einschließlich Pflanzung wird angeordnet.
29. Die Grüneintragungen in den Antragsunterlagen vom 13.12.1999 zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß §§ 7 ff. NNatG sind zu beachten und die Antragsunterlagen werden wie folgt modifiziert:



- 29.1 Bezüglich der abzuschiebenden Flächen innerhalb des Betriebsgeländes ist keine regelmäßige Mahd erforderlich. Allenfalls mehrjährig sollte jeweils nach dem 01.08. eine Mahd unter Verbringung des Mahdgutes aus der Fläche vorgenommen werden.  
Bezüglich der evtl. Mahd der Heideflächen im Hohe-Lieth-Berg ist besonders sorgfältig vorzugehen. Hierzu ist eine vorherige Absprache mit meinem Hause (Naturschutzamt, [REDACTED]) unbedingt notwendig.
- 29.2 Anstatt der 10 vorgesehenen Spitzahorn sind 10 Buchen oder Winterlinden zu pflanzen. Folgende Laubgehölze sollen bei der Pflanzung auf dem Wall keine Verwendung finden, da sie als nicht standortgeeignet einzustufen sind: Schwarzerle und Faulbaum.
- 29.3 Auf die Traubenkirsche ist ganz zu verzichten (siehe auch Blatt 3). Die vorgesehene Rose „Multiflora“ kann ebenfalls keine Verwendung finden. Sie ist durch die heimische Hundsrose (Rosa canina) zu ersetzen.

**Hinweis:**

Die entfallenden Stückzahlen sollten auf die vermehrte Anpflanzung von Schlehen und gem. Holunder verlagert werden.

Gemäß § 80 Abs. 1 NBauO wird eine Teilabnahme und Schlussabnahme angeordnet.

#### IV Begründung:

1. Die Firma Düringer Fleischkontor betreibt auf ihrer Betriebsstätte in 27612 Loxstedt-Düring, Lunestedter Str. 40, eine Anlage zum Schlachten von Schweinen, die als Anlage im Sinne der Nr. 7.2 b, Spalte 1, der Anlage zur 4. BImSchV dem förmlichen Genehmigungsverfahren gemäß § 10 BImSchG unterfällt.

Die Firma beabsichtigt, auf ihrem Betriebsgelände die Änderung und Modernisierung der gesamten Schlachthanlage einschließlich Hoffläche, Viehhalle und Viehanlieferung sowie eine Sanierung der Sozialräume.

Durch die Umbaumaßnahmen wird der Betrieb reorganisiert und rationalisiert und an die geänderten veterinärrechtlichen Bestimmungen angepasst.

2. Für die geplanten Änderungsmaßnahmen hat die Firma mit Schreiben vom 04.05.1998 bei der Bezirksregierung Lüneburg die Durchführung eines Genehmigungsverfahrens nach § 16 BImSchG beantragt. Da nicht zu besorgen war, dass die Änderungen die Schwelle der Erheblichkeit im Sinne von § 16 Abs. 2 BImSchG erreichen, ist beantragt worden, von einer Veröffentlichung des Genehmigungsantrages abzusehen. Diesem Antrag wurde entsprochen, da die gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen. Es wird hierzu insbesondere auf die in der Anlage zu diesem Genehmigungsbescheid aufgeführten Gutachten zu den Lärm- und Geruchsimmissionen des Betriebes verwiesen.
3. Die Prüfung des Genehmigungsantrages unter Beteiligung des GAA Cuxhaven und des Landkreises Cuxhaven als Fachbehörden hat ergeben, dass die Voraussetzungen nach den §§ 5, 6 und 7 BImSchG unter Berücksichtigung der unter Abschnitt III dieses Bescheides aufgeführten Nebenbestimmungen erfüllt sind, so dass die beantragte Genehmigung zu erteilen war.
4. Um bei der Umsetzung der beantragten Maßnahmen die Einhaltung der Anforderungen des Bauordnungsrechtes sicherzustellen, war es erforderlich, die Genehmigung mit den Maßgaben zu verbinden, die im Abschnitt III dieses Bescheides enthalten sind.
5. Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 3, 5, 9 und 13 NwvKostG in Verbindung mit Ziff. 44.1.4.1 AllGO.

V. **Übersicht über die verwendeten Gesetze und Verordnungen**

- BlmSchG: Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.05.1990 (BGBl. I, S. 880), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 03.05.2000 (BGBl. I, S. 632)
4. BlmSchV: Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) in der Neufassung vom 14.03.1997 (BGBl. I, S. 504), zuletzt geändert durch Art. 3 der Verordnung vom 23.02.1999 (BGBl. I, S. 186)
9. BlmSchV: Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.03.1992 (BGBl. I, S. 1001)
- ArbSchG: Arbeitsschutzgesetz vom 07.08.1996 (BGBl. I, S. 1246), zuletzt geändert am 16.12.1997 (BGBl. I, S. 2989)
- BauStellV: Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung) vom 10.06.1998 (BGBl. I, S. 1283)
- ArbStättV: Arbeitsstättenverordnung vom 20.03.1975 (BGBl. I, S. 729), zuletzt geändert am 04.12.1996 (BGBl. I, S. 1841)
- NwWKostG: Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz vom 07.05.1962 (Nds. GVBl., S. 43), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 17.12.1997 (Nds. GVBl., S. 539)
- AllGO: Allgemeine Gebührenordnung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl., S. 171), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 24.09.1999 (Nds. GVBl., S. 347)

VI. **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, einzulegen.

Im Auftrage

